

Insolvenzarbeitsrecht

Röger

2. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-77770-7
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Röger
Insolvenzarbeitsrecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Insolvenzarbeitsrecht

Herausgegeben von

Hendrik Röger

Bearbeitet von

Kristin Brüggert, LL.M., Rechtsanwältin in Hamburg, *Dr. Till Heimann*, Rechtsanwalt in Frankfurt am Main, *Dr. Lars Hinrichs*, LL. M., Dipl.-Kfm., Rechtsanwalt in Hamburg, *Peter Hützen*, Rechtsanwalt in Düsseldorf, *Dr. Markus Janko*, Rechtsanwalt in Düsseldorf, *Dr. Bero-Alexander Lau*, Rechtsanwalt und Insolvenzverwalter in Düsseldorf/Bielefeld/Köln, *Henrik Lüthge*, Rechtsanwalt in Hamburg, *Dr. Holger Meyer*, Rechtsanwalt in Hamburg, *Dr. Laura Purschwitz*, Richterin am Arbeitsgericht in Hannover, *Hendrik Röger*, Rechtsanwalt in Hamburg, *Dr. Christian Schlicht*, Richter am Landgericht in Köln und *Dr. Sebastian Stütze*, Rechtsanwalt in Frankfurt am Main

2. Auflage 2024

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag: Röger InsArbR/Bearbeiter § 4 R.n. 1


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 77770 7

© 2024 Verlag C. H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt wird auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Seit der Erstauflage dieses Handbuchs sind fünf Jahre vergangen. In dieser Zeit fand sich die Welt nicht nur plötzlich in einer Pandemie, sondern Europa in einer kriegerischen Auseinandersetzung auf dem eigenen Kontinent wieder. Diese weltpolitischen und daraus resultierenden ökonomischen Entwicklungen haben bei Unternehmen in Deutschland und ihren Belegschaften deutliche Spuren hinterlassen und Arbeitgeber in Krisen gestürzt. Während entgegen ersten Prognosen mit der Corona-Pandemie die Gesamtzahl der Insolvenzen, nicht zuletzt wegen der erweiterten Möglichkeiten zum Bezug von Kurzarbeitergeld, staatlichen Hilfen und gesetzlichen Stützungsmaßnahmen, niedrig blieb, brachten spätestens der Angriffskrieg gegen die Ukraine und dessen wirtschaftliche Auswirkungen zahlreiche Unternehmen in existenzielle Nöte. Eine Zunahme von Insolvenzen, nicht zuletzt einiger großer Unternehmen in ganz unterschiedlichen Branchen, bestätigen diese Entwicklung. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen deshalb aktuell die Konsequenzen erfahren, die eine Insolvenz ihres Arbeitgebers mit sich bringt.

Aber auch im Insolvenz- und Arbeitsrecht waren **Gesetzgeber** und Rechtsprechung kräftig tätig. Durch das zum 1.1.2021 in Kraft getretene Gesetz zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts (SanInsFoG) und das in diesem Zuge eingeführte Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen (StaRUG), haben sich zentrale Rahmenbedingungen im Insolvenz- und Sanierungsrecht geändert. Während der Gesetzgeber durch das SanInsFoG die Voraussetzungen für den Zugang zu eigenverwalteten Insolvenzverfahren deutlich verschärft hat, bleiben außergerichtliche StaRUG-Verfahren dennoch derzeit die Ausnahme und Arbeitgeber nutzen stattdessen vermehrt die Möglichkeiten einer Insolvenz in Eigenverwaltung.

Schließlich hat die **Rechtsprechung**, allen voran der für das Insolvenzrecht zuständige 6. Senat des BAG, das Insolvenzarbeitsrecht weiter geformt und fortentwickelt. So hat das im Nachgang zum Urteil des EuGH vom 9.9.2020 (C-674/18) ergangene Urteil des 3. Senats vom 26.1.2021 (3 AZR 319/17), wonach das besondere Haftungskonzept bei einem Betriebsübergang (§ 613a BGB) aus der Insolvenz Bestand hat, zu einem erleichterten Aufatmen der Insolvenzarbeitsrecht-Praktiker geführt. Auch das Urteil des BAG vom 25.5.2022 (6 AZR 224/21), das die bislang im Arbeitsrecht umstrittene Rechtsfrage geklärt hat, dass es in der Insolvenz keinen Wiedereinstellungsanspruch gibt, wurde allgemein als sanierungserleichternd begrüßt. Eher versteckt, aber praktisch von hoher Wichtigkeit war eine Anmerkung des 8. Senats des BAG im Urteil vom 27.2.2020 (8 AZR 215/19), wonach eine betriebsweite Sozialauswahl bei der Stilllegung eines Restbetriebs im zeitlichen Zusammenhang mit einem Betriebsteilübergang gegen die Betriebsübergangs-Richtlinie verstoßen solle. Mit seinen Entscheidungen vom 25.11.2021 (6 AZR 94/19) und 16.2.2021 (9 AS 1/21) hat das BAG zudem die bisherige Rechtsprechung zur insolvenzrechtlichen Qualität des Urlaubsanspruchs nach angezeigter Masseunzulänglichkeit aufgegeben. Und mit seinem Urteil vom 10.9.2020 (6 AZR 94/19) hat der 6. Senat des BAG zugleich angekündigt, dass mit einer entsprechenden Rechtsprechungsänderung bei Sonderzahlungen zu rechnen sei. Außerdem hat das BAG jüngst noch durch sein Urteil vom 25.8.2022 (6 AZR 441/21) Klarheit geschaffen, dass eine Masseunzulänglichkeit mit den Folgen der §§ 208 f. InsO nur einmal angezeigt werden kann. Und für die Sanierungspraxis sind die Entscheidungen des BAG zur Anwendung von § 17 KSchG (Massenentlassung), insbesondere zum besonderen Betriebsbegriff im Recht der Massenentlassung (6 AZR 146/19) und zur Auswirkung fehlender Soll-Angaben nach § 17 Abs. 3 S. 5 KSchG (2 AZR 467/21), von nicht zu unterschätzender Bedeutung – jedenfalls solange Fehler bei der Massenentlassungsanzeige weiterhin die Unwirksamkeit der entsprechenden Kündi-

gungen zur Folge haben, was jedoch durch den jüngsten Vorlagebeschluss des 6. Senat vom 11.5.2023 (6 AZR 157/22 (A)) grundlegend in Frage gestellt wird und die Entscheidung des EuGH umso mehr mit Spannung erwarten lässt. Ebenfalls abzuwarten bleibt, welche Auswirkung die Rechtsprechungsänderung des BSG im Urteil vom 3.11.2021 (B 11 AL 4/20 R) zum (jetzt arbeitsrechtlich zu bestimmenden) Arbeitnehmerbegriff im Insolvenzgeldrecht (§ 165 SGB III), insbesondere für die Insolvenzgeldberechtigung von Fremd-Geschäftsführern einer GmbH hat.

All diesen Entwicklungen begegnet die Zweitaufgabe dieses Handbuchs dadurch, dass die für die Insolvenzarbeitsrecht-Praxis wichtigen gesetzgeberischen Änderungen, die maßgeblichen Entscheidungen der Gerichte und die über die letzten Jahre bei der praktischen Nutzung des Handbuchs erzielten Erkenntnisse in die Bearbeitungen eingeflossen sind. Der gestiegenen Bedeutung des Eigenverwaltungsverfahrens in der Insolvenzpraxis wird der von der Bearbeiterin Brüggert unter § 8 neu erstellte Abschnitt zum Handlungsschwerpunkt „Arbeitsrecht in der Eigenverwaltung“ gerecht. Und schließlich haben sich auch Anregungen aus der Leserschaft sowie die in den letzten Jahren von den Bearbeiterinnen und Bearbeitern in ihrer jeweiligen Praxis gewonnenen Erfahrungen in den Texten, zusätzlichen Erläuterungen und weiteren praktischen Tipps niedergeschlagen.

Meinen Mitautorinnen und Mitautoren, die sich in diesem dynamischen Umfeld trotz hoher Arbeitsbelastung an die Aktualisierung ihrer Kapitel gemacht haben und dabei die Anregungen des Herausgebers, des Verlags und der Leserschaft umgesetzt haben, gilt erneut mein großer Dank! Ebenso dankbar bin ich meinem arbeitsrechtlichen Team (das wahre „A-Team“!) und der insolvenzrechtlichen Truppe von White & Case, mit denen ich zusammen über so viele Jahre bei zahlreichen Insolvenzverfahren Recht und Praxis gleichermaßen kennenlernen und die dabei gemachten Erkenntnisse erneut bei der Herausgabe dieser Zweitaufgabe verwerten konnte. Bei der Bearbeitung der Manuskripte haben sich dieses Mal die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Paul Irsch, Flora Jacobsen, Inga Müller, Leon Rathje, Laura Spiewak und Dr. Dominik Storms verdient gemacht. Und nicht zuletzt erneut einen herzlichen Dank an das C. H. Beck-Verlag-Team um Dr. Roland Klaes, Christina Wolfer und Stefanie Menzel, die mit stets herzlicher Hartnäckigkeit der Zweitaufgabe zur Geburt verholfen haben.

Die Hoffnung, dass die Zweitaufgabe weniger aufwändig wäre als die Pionierarbeit einer Erstauflage, hat sich zwar nicht erfüllt, aber die Chance, das Bisherige verbessern und den Leserinnen und Lesern noch mehr Hilfe in einem nach wie vor herausfordernden Rechtsgebiet bieten zu können, war Antrieb genug und hat – was die Leserschaft hoffentlich teilt – die ganze Arbeit gelohnt. Jede Anregung aus Wissenschaft und Praxis ist nach wie vor herzlich willkommen! Das Ziel dieses Buchs, das schon im Vorwort zur Erstauflage gesetzt war, bleibt: *„Am (Insolvenz-)Arbeitsrecht soll und wird es nicht scheitern!“*.

Hamburg, im Herbst 2023

Hendrik Röger

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
§ 1 Einführung	1
§ 2 Grundzüge des Insolvenzrechts	3
I. Insolvenzzwecke	4
1. Gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubiger	4
2. Liquidation oder Sanierung als Verfahrensziele?	5
3. Ordnungsfunktion des Insolvenzrechts	6
II. Überblick über das insolvenzrechtliche Instrumentarium	6
III. Regelinsolvenzverfahren	7
1. Insolvenzeröffnungsverfahren	7
2. Insolvenzverfahren	24
IV. Insolvenzplanverfahren	38
1. Regelungsinhalt des Insolvenzplans	38
2. Ablauf des Insolvenzplanverfahrens	44
V. Eigenverwaltungsverfahren	50
1. Insolvenzeröffnungsverfahren in Eigenverwaltung	52
2. Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung	57
VI. Restschuldbefreiungsverfahren	58
VII. Sanierungs- und Restrukturierungsplan	59
1. Krisenfrüherkennung	59
2. Aussetzung der Insolvenzantragspflicht	60
3. Restrukturierungsplan	60
4. Flankierende Instrumente	62
§ 3 Ansprüche der Arbeitnehmer in der Insolvenz	65
I. Insolvenzzweckliche Einordnung	65
1. Bedeutung des Insolvenzverfahrens	66
2. Insolvenzforderungen und Masseverbindlichkeiten	66
3. Anzeige der Masseunzulänglichkeit	80
4. Kategorisierung typischer Arbeitnehmeransprüche („Anspruchs-ABC“)	95
II. Altersteilzeit und Wertguthaben	111
1. Einleitung	112
2. Altersteilzeit und Wertguthaben: Abgrenzung von sonstigen Arbeitszeitkonten	112
3. Insolvenzsicherung	116
4. Abwicklung von Altersteilzeit und Wertguthaben in der Insolvenz	120
§ 4 Arbeitsrecht im Insolvenzeröffnungsverfahren	127
I. Arbeitgeber im Insolvenzeröffnungsverfahren	128
1. Schwacher vorläufiger Insolvenzverwalter	129
2. Starker vorläufiger Insolvenzverwalter	130
3. Halbstarker vorläufiger Insolvenzverwalter	132
4. Vorläufiger Sachwalter	133
II. Stellung des Arbeitnehmers im Insolvenzeröffnungsverfahren	134
1. Rechte von Arbeitnehmern bei ausstehenden Zahlungen	134
2. Insolvenzgeld	137

Inhaltsübersicht

§ 5 Arbeitsrecht im Insolvenzverfahren	167
I. Wirkung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens (§§ 80, 108 InsO)	168
1. Einleitung	169
2. Rechte und Pflichten im Einzelnen	170
II. Arbeitsrechtliche Sonderregelungen in der InsO	176
1. Kündigungsfristen in der Insolvenz (§ 113 InsO)	176
2. Kündigung von Betriebsvereinbarungen in der Insolvenz (§ 120 InsO)	184
3. Vermittlungsverfahren bei Betriebsänderungen (§ 121 InsO)	190
4. Gerichtliche Zustimmung zur Durchführung einer Betriebsänderung (§ 122 InsO)	192
5. Sozialplan (§§ 123, 124 InsO)	201
6. Interessenausgleich mit Namensliste (§ 125 InsO)	224
7. Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz (§ 126 InsO)	242
8. Wirkung des Beschlussverfahrens (§ 126 InsO) für Klagen (§ 127 InsO)	249
9. Betriebsveräußerung (§ 128 InsO)	251
III. Beendigung von Arbeitsverhältnissen	254
1. Kündigung des Arbeitsverhältnisses	254
2. Massenentlassungen	302
3. Aufhebungsverträge	340
4. Ausbildungsverhältnisse	351
IV. Anfechtung von Entgeltzahlungen	355
1. Einleitung	355
2. Voraussetzungen der Anfechtung von Arbeitsentgeltzahlungen	356
3. Rückgewähranspruch	364
4. Rechtsweg	366
§ 6 Sozialversicherung und Lohnsteuer	367
I. Sozialversicherungsrecht	368
1. Beteiligte/Rechte und Pflichten	368
2. Sozialversicherungsrechte und Pflichten der Beteiligten	370
3. Arbeitslosengeld	379
4. Kurzarbeit, Insolvenzgeld und Transferkurzarbeitergeld	385
II. Lohnsteuerrecht	386
1. Insolvenzverfahren	387
2. Vorläufiges Insolvenzverfahren (Insolvenzeröffnungsverfahren)	387
§ 7 Arbeitsgerichtsverfahren in der Insolvenz	391
I. Prozessrechtliche Besonderheiten in der Insolvenz	392
1. Passivlegitimation: Klagen gegen Insolvenzschuldner oder Insolvenzverwalter	393
2. Aktivlegitimation: Klagen des insolventen Arbeitnehmers	399
3. Unterbrechung des Verfahrens nach § 240 S. 1 ZPO	400
4. Vollstreckungsverbote	409
5. Besonderer Gerichtsstand des Insolvenzverwalters, § 19a ZPO	410
6. Streitwerte, Kostenerstattung und Rechtsanwaltsvergütung	411
7. Prozesskostenhilfe für den Insolvenzverwalter	414
8. Prozesskostenhilfe für den Betriebsrat	420
II. Typische Prozesskonstellationen in der Insolvenz	421
1. Forderungsfeststellungsklage	421
2. Kündigungsschutzklage und Betriebsübergang	428
3. Leistungsklagen auf Erfüllung von Masseverbindlichkeiten	429
4. Klagen nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit	430
5. Beschlussverfahren in der Insolvenz	431
6. Klagen auf Zeugniserteilung	442
§ 8 Handlungsschwerpunkte	443
I. Betriebsstilllegung	445
1. Entscheidung zur Betriebsstilllegung	446

2. Beteiligung eines bestehenden Betriebsrats	449
3. Betriebsbedingte Kündigungen und Aufhebungsverträge	452
II. Betriebsübergang in der Insolvenz	457
1. Bedeutung des § 613a BGB in der Insolvenz	458
2. Anwendbarkeit des § 613a BGB in der Insolvenz	458
3. Der Tatbestand des § 613a BGB	459
4. Rechtsfolgen des § 613a BGB	475
5. Unterrichtung und Widerspruchsrecht	492
6. Mögliche Strategien zur Vermeidung eines Betriebsübergangs	497
III. Übertragende Sanierung und Personalabbau	499
1. Besonderheiten der Ausgangslage in der Insolvenz	499
2. (An-)Sanierung durch den Insolvenzverwalter	501
3. Veräußererkündigung auf Erwerberkonzept	502
4. Übernahme von Betriebsteilen	508
5. Abschluss von Aufhebungs- und Änderungsverträgen	511
6. Personalabbau unter Zwischenschaltung einer Transfergesellschaft	515
7. Kauf nach Stilllegung	530
8. Übernahme von Vermögensgegenständen und Personal unter Vermeidung eines Betriebsübergangs	531
9. Maßnahmen zur Personalkostenreduzierung	532
IV. Transferleistungen	535
1. Transfermaßnahmen gemäß § 110 SGB III	536
2. Transferkurzarbeitergeld	544
3. Sonderfragen im Zusammenhang mit Transfergesellschaften	554
V. Sanierungstarifverträge	562
1. Allgemeines	563
2. Inhalte	565
3. Sonderprobleme	571
VI. Betriebliche Altersversorgung	579
1. Einleitung	580
2. Bestandsaufnahme	580
3. Die Abwicklung der Betriebsrentenzusage im Insolvenzverfahren	606
4. Die Modifizierung der Betriebsrentenzusage im Insolvenzverfahren	613
VII. Arbeitsrecht in der Eigenverwaltung	614
1. Einleitung	614
2. Vorläufiges Eigenverwaltungsverfahren	617
3. Eröffnetes Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung	627
4. Prozessuale Besonderheiten im Rahmen der Eigenverwaltung	642
§ 9 Muster	653
I. Insolvenzeröffnungsverfahren	653
1. Häufig gestellte Fragen und Antworten („FAQ“)	653
2. Freistellung eines Arbeitnehmers ab Insolvenzeröffnung durch Insolvenzschuldner	659
3. Rahmenvereinbarung über die Vorfinanzierung von Insolvenzgeld mit Beispiel einer Ankaufsvereinbarung	660
II. Insolvenzverfahren	667
1. Sanierungstarifvertrag des Insolvenzverwalters	667
2. Umsetzung von Personalmaßnahmen	669
III. Übertragende Sanierung	674
1. Erwerberkonzept	674
2. Klausel für Kaufvertrag mit Haftung und Einbindung Erwerberkonzept	676
3. Unterrichtungsschreiben nach § 613a Abs. 5 BGB	678
4. Sanierungstarifvertrag für Erwerber	684
IV. Mitwirkung des Betriebsrats	685
1. Unterrichtung des Betriebsrats über eine beabsichtigte Betriebsstilllegung	685
2. Interessenausgleich bei Betriebsstilllegung	687

Inhaltsübersicht

3. Interessenausgleich mit Namensliste nach § 125 InsO bei übertragender Sanierung mit Erwerberkonzept und Transfergesellschaft	690
4. Sozialplan nach § 123 InsO bei Betriebsstilllegung	695
V. Transfermaßnahmen	699
1. Sozialplan über Transfer-Maßnahmen	699
2. Dreiseitiger Vertrag zum Wechsel in eine Transfergesellschaft	702
3. Dienstleistungsvertrag mit Transfergesellschaft	705
Sachverzeichnis	709


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einführung	1
§ 2 Grundzüge des Insolvenzrechts	3
I. Insolvenz Zwecke	4
1. Gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubiger	4
2. Liquidation oder Sanierung als Verfahrensziele?	5
3. Ordnungsfunktion des Insolvenzrechts	6
II. Überblick über das insolvenzrechtliche Instrumentarium	6
III. Regelinsolvenzverfahren	7
1. Insolvenzeröffnungsverfahren	7
a) Insolvenzantrag	7
b) Vorprüfungsverfahren	8
aa) Insolvenzfähigkeit des Schuldners	9
bb) Internationale Zuständigkeit	10
cc) Sachliche und örtliche Zuständigkeit	11
dd) Spezielle Voraussetzungen bei Schuldneranträgen	12
ee) Spezielle Voraussetzungen bei Gläubigeranträgen	13
c) Hauptprüfungsverfahren	14
aa) Anhörung des Insolvenzschuldners	15
bb) Bestellung eines Sachverständigen:	16
cc) Anordnung von Sicherungsmaßnahmen	16
dd) Bestellung eines vorläufigen Gläubigerausschusses	19
d) Insolvenzgründe	20
aa) Zahlungsunfähigkeit (§ 17 InsO)	20
bb) Drohende Zahlungsunfähigkeit (§ 18 InsO)	22
cc) Überschuldung (§ 19 InsO)	23
2. Insolvenzverfahren	24
a) Insolvenzeröffnungsbeschluss	24
b) Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	25
c) Sicherung der Insolvenzmasse	27
d) Insolvenzmasse	27
e) Insolvenzgläubiger	29
aa) Aussonderungsberechtigte Gläubiger	29
bb) Absonderungsberechtigte Gläubiger	30
cc) Massegläubiger	31
f) Entscheidung über die Verwertung der Insolvenzmasse	32
g) Prüfung und Feststellung der Forderungen	33
aa) Festgestellte Forderungen	34
bb) Bestrittene Forderungen	34
cc) Für den Ausfall festgestellte Forderungen	34
dd) Forderungen aus vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung	35
ee) Eintragung zur Insolvenztabelle	35
h) Verwertung der Insolvenzmasse	35
i) Verteilung der Insolvenzmasse	36
j) Einstellung des Insolvenzverfahrens	37
IV. Insolvenzplanverfahren	38
1. Regelungsinhalt des Insolvenzplans	38
a) Insolvenzplanarten	38
b) Aufbau und Inhalt	39
aa) Darstellender Teil	40
bb) Gestaltender Teil	42
cc) Anlagen zum Insolvenzplan	44

Inhaltsverzeichnis

2. Ablauf des Insolvenzplanverfahrens	44
a) Planinitiative, Planaufstellung und Entscheidung	44
b) Gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplans	47
c) Rechtsmittel	48
d) Rechtskraft des Insolvenzplans	48
e) Aufhebung des Insolvenzverfahrens/Planerfüllung	50
V. Eigenverwaltungsverfahren	50
1. Insolvenzeröffnungsverfahren in Eigenverwaltung	52
a) Anordnung der vorläufigen Eigenverwaltung gemäß § 270b InsO	52
b) Vorbereitung einer Sanierung gemäß § 270d InsO	55
c) Aufhebung der vorläufigen Eigenverwaltung, § 270e InsO	56
2. Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung	57
VI. Restschuldbefreiungsverfahren	58
VII. Sanierungs- und Restrukturierungsplan	59
1. Krisenfrüherkennung	59
2. Aussetzung der Insolvenzantragspflicht	60
3. Restrukturierungsplan	60
4. Flankierende Instrumente	62
a) Gerichtliche Stabilisierungsanordnung	62
b) Sanierungsmoderation	63
§ 3 Ansprüche der Arbeitnehmer in der Insolvenz	65
I. Insolvenzzrechtliche Einordnung	65
1. Bedeutung des Insolvenzverfahrens	66
2. Insolvenzforderungen und Masseverbindlichkeiten	66
a) Rangordnung mit Insolvenzeröffnung	66
b) Arbeitnehmer mit Insolvenzforderungen und Masseverbindlichkeiten	67
aa) Insolvenzforderungen	68
bb) Masseverbindlichkeiten	69
c) Durchsetzung und Verjährung von Insolvenzforderungen und Masseverbindlichkeiten	77
aa) Insolvenzforderungen	77
bb) Masseverbindlichkeiten	79
3. Anzeige der Masseunzulänglichkeit	80
a) Rangordnung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit	81
b) Verschärfte Masseunzulänglichkeit/Neumasseunzulänglichkeit	83
c) Zuordnung arbeitsrechtlicher Ansprüche zu Altmasse- und Neumasseverbindlichkeiten	84
aa) Inanspruchnahme der Arbeitsleistung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit, § 209 Abs. 2 Nr. 3 InsO	84
bb) Kündigung zum erstmöglichen Termin, § 209 Abs. 2 Nr. 2 InsO	89
d) Geltendmachung von Alt- und Neumasseverbindlichkeiten	92
aa) Altmasseverbindlichkeiten	92
bb) Neumasseverbindlichkeiten	94
e) Persönliche Haftung des Insolvenzverwalters	94
4. Kategorisierung typischer Arbeitnehmeransprüche („Anspruchs-ABC“)	95
II. Altersteilzeit und Wertguthaben	111
1. Einleitung	112
2. Altersteilzeit und Wertguthaben: Abgrenzung von sonstigen Arbeitszeitkonten	112
a) Altersteilzeit	113
b) Wertguthaben aus Langzeitkonten	115
c) Sonstige Arbeitszeitkonten	116
3. Insolvenzsicherung	116
a) Insolvenzsicherungspflicht	116
b) Geeignete Insolvenzsicherungsinstrumente	117
aa) Contractual Trust Arrangement (CTA)	117

bb) Rückdeckungsversicherung	119
cc) Sonstiger privatrechtlicher Insolvenzschutz: Bürgschaften	120
4. Abwicklung von Altersteilzeit und Wertguthaben in der Insolvenz	120
a) Altersteilzeit im Kontinuitätsmodell	120
aa) Durchführung durch den Insolvenzverwalter	120
bb) Übergang des Arbeitsverhältnisses auf den Erwerber des Betriebs des Insolvenzschuldners	121
b) Altersteilzeit im Blockmodell	121
aa) Planmäßige Durchführung	121
bb) Vorzeitige Beendigung: Störfall	124
c) Wertguthabenvereinbarung	125
d) Sonstige Altersteilzeitkonten	126
§ 4 Arbeitsrecht im Insolvenzeröffnungsverfahren	127
I. Arbeitgeber im Insolvenzeröffnungsverfahren	128
1. Schwacher vorläufiger Insolvenzverwalter	129
2. Starker vorläufiger Insolvenzverwalter	130
3. Halbstarker vorläufiger Insolvenzverwalter	132
4. Vorläufiger Sachwalter	133
II. Stellung des Arbeitnehmers im Insolvenzeröffnungsverfahren	134
1. Rechte von Arbeitnehmern bei ausstehenden Zahlungen	134
2. Insolvenzgeld	137
a) Zweck und Rechtsgrundlagen des Insolvenzgelds	137
aa) Zweck	137
bb) Rechtliche Grundlagen	138
b) Finanzierung	140
aa) Umlagenfinanzierung	140
bb) Anspruchsübergang, § 169 S. 1 SGB III	140
c) Anspruchsvoraussetzungen	141
aa) Inlandsbeschäftigung, § 165 Abs. 1 S. 1 SGB III	142
bb) Insolvenzereignis	145
cc) Offenes Arbeitsentgelt	149
d) Höhe des Insolvenzgelds, Gesamtsozialversicherungsbeiträge	154
aa) Höhe und Deckelung des Insolvenzgelds	154
bb) Sozialversicherungsbeiträge und Zuschüsse	156
e) Steuerrechtliche Behandlung von Insolvenzgeld	156
f) Verfahren zur Geltendmachung des Insolvenzgeldanspruchs	157
aa) Antragererfordernis, Insolvenzgeldbescheinigung und Abrechnung	157
bb) Zuständigkeit	158
cc) Antrag Dritter bei Abtretung des Anspruchs	158
dd) Ausschlussfrist und Wiedereinsetzungsmöglichkeit	158
ee) Vorschuss, § 168 SGB III	158
g) Vorfinanzierung des Insolvenzgelds	159
aa) Ausgangslage	159
bb) Umsetzung der Vorfinanzierung, Modell des Forderungsverkaufs	160
cc) Revolvierende Insolvenzgeldvorfinanzierung	163
dd) Zustimmung der Agentur für Arbeit	164
§ 5 Arbeitsrecht im Insolvenzverfahren	167
I. Wirkung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens (§§ 80, 108 InsO)	168
1. Einleitung	169
a) Fortbestand von Dienst- und Arbeitsverhältnissen	169
b) Übergang des Verwaltungs- und Verfügungsrechts auf den Insolvenzverwalter	170
2. Rechte und Pflichten im Einzelnen	170
a) Individualarbeitsrecht	170
aa) Direktionsrecht	170
bb) Kündigungsrecht	170

cc) Freistellungsrecht	171
dd) Recht zu Neueinstellungen	172
ee) Lohnzahlungs- und Beschäftigungspflicht	173
ff) Sozialversicherungsrecht	173
gg) Betriebsrentenrecht	174
hh) Nebenpflichten, insbes. Informations- und Auskunftspflichten	174
b) Kollektivarbeitsrecht	175
aa) Betriebsverfassungsrecht	175
bb) Tarif- und Arbeitskampfrecht	175
c) Prozessuales	176
II. Arbeitsrechtliche Sonderregelungen in der InsO	176
1. Kündigungsfristen in der Insolvenz (§ 113 InsO)	176
a) Einleitung	177
b) Anwendungsbereich	177
aa) Zeitlicher Anwendungsbereich des § 113 InsO	177
bb) Persönlicher Anwendungsbereich	178
cc) Sachlicher Anwendungsbereich	179
c) Kündigungsfristen in der Insolvenz	179
aa) Kündigung bei Ausschluss des ordentlichen Kündigungstermins	180
bb) Abkürzung der Kündigungsfristen	181
d) Verfrühungsschaden (§ 113 S. 3 InsO)	181
aa) Verschuldensunabhängiger Schadensersatzanspruch	181
bb) Schadensberechnung	182
cc) Geltendmachung	183
dd) Schadensersatz nach § 628 BGB	183
2. Kündigung von Betriebsvereinbarungen in der Insolvenz (§ 120 InsO)	184
a) Einleitung	184
b) Voraussetzungen	185
aa) Insolvenzverfahren	185
bb) Betriebsvereinbarung	185
cc) Andere kollektivrechtliche Regelungen	186
dd) Belastender Charakter	186
ee) Beratung mit dem Betriebsrat	187
c) Kündigung von Betriebsvereinbarungen	187
aa) Formelle Voraussetzungen	187
bb) Kündigungsfrist	188
cc) Außerordentliche Kündigung	188
dd) Wegfall der Geschäftsgrundlage	189
d) Rechtsfolgen	189
aa) Nachwirkung	189
bb) Kein Schadensersatz	190
cc) Kündigung von Betriebsvereinbarungen zur betrieblichen Altersversorgung	190
3. Vermittlungsverfahren bei Betriebsänderungen (§ 121 InsO)	190
a) Einleitung	190
b) Zweck	191
c) Verfahren	191
4. Gerichtliche Zustimmung zur Durchführung einer Betriebsänderung (§ 122 InsO)	192
a) Einleitung	193
b) Voraussetzungen	194
aa) Geplante Betriebsänderung	194
bb) Unterrichtung des Betriebsrats	195
cc) Antragsfrist	196
c) Entscheidung des Arbeitsgerichtes	197
aa) Wirtschaftliche Lage des Unternehmens	197
bb) Soziale Belange der Arbeitnehmer	198
d) Verfahren	198

e) Rechtsfolgen	199
f) Rechtsmittel	200
g) Einstweiliger Rechtsschutz	200
5. Sozialplan (§§ 123, 124 InsO)	201
a) Regelungen für den Sozialplan in der Insolvenz	202
b) Begriff des Sozialplans gemäß §§ 123, 124 InsO – Streitfälle	203
aa) Freiwillige Sozialpläne	203
bb) Transfersozialpläne	204
cc) Qualifizierungssozialpläne	204
dd) Freiwilligenprogramme	205
ee) Tarifsozialpläne	205
ff) Sprecherausschussvereinbarungen gemäß §§ 28, 32 Abs. 2 S. 2 SprAuG ..	206
gg) Sozialpläne iSd Personalvertretungsrechts und der Mitarbeitervertretungsordnungen der Kirchen	206
hh) Nachteilsausgleichsansprüche gemäß § 113 BetrVG	207
ii) Aufhebungsverträge mit einzelnen Arbeitnehmern	207
c) Bestehen eines verhandlungsfähigen Betriebsrates	208
aa) Zuständigkeit	208
bb) Maßgeblicher Zeitpunkt	208
cc) Restmandat des Betriebsrats	208
d) Die Obergrenzen des § 123 Abs. 1 und Abs. 2 S. 2 InsO	209
aa) Absolute Obergrenze, § 123 Abs. 1 InsO	209
bb) Relative Obergrenze, § 123 Abs. 2 S. 2 InsO	213
cc) Besonderheiten bei Insolvenzplänen	214
dd) Haftung des Betriebsverwerbers für Insolvenzsozialplanansprüche	215
e) Sachlicher Anwendungsbereich	215
aa) Sozialpläne für entlassene Arbeitnehmer	215
bb) Gemeinschaftsbetrieb	216
cc) Obergrenzen in Sozialplänen auch für weiterbeschäftigte Arbeitnehmer? ..	216
f) Ermessen der betriebsverfassungsrechtlichen Einigungsstelle	217
aa) Soziale Belange der betroffenen Arbeitnehmer	217
bb) Wirtschaftliche Vertretbarkeit für das Unternehmen	218
cc) Beachtung des betriebsverfassungsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatzes, § 75 BetrVG	219
g) Zeitlicher Anwendungsbereich	220
h) Rang der Forderungen und Anzeige der Masseunzulänglichkeit	220
i) Vollstreckung von Sozialplanleistungen, § 123 Abs. 3 S. 1 InsO	221
aa) Abschlagszahlungen gemäß § 123 Abs. 3 S. 1 InsO	221
bb) Vollstreckungsverbot gemäß § 123 Abs. 3 S. 2 InsO	221
j) Verjährung	222
k) Widerruf insolvenznaher Sozialpläne (§ 124 InsO)	223
aa) Widerrufsberechtigung	223
bb) Zeitliche Grenzen für die Ausübung des Widerrufsrechts	223
cc) Rechtsfolgen des Widerrufs	223
dd) Rechtsfolge bei Unterlassen des Widerrufs	224
6. Interessenausgleich mit Namensliste (§ 125 InsO)	224
a) Einleitung	225
b) Voraussetzungen für die Einschränkung des Kündigungsschutzes	225
aa) Vorliegen einer Betriebsänderung iSd § 111 BetrVG	226
bb) Zustandekommen eines Interessenausgleiches mit Namensliste	227
cc) Namensliste	229
dd) Darlegungs- und Beweislast	232
c) Rechtsfolgen	233
aa) Vermutung dringender betrieblicher Erfordernisse	233
bb) Eingeschränkte Überprüfung der Sozialauswahl	234
cc) Wesentliche Änderung der Sachlage	240
d) Ersetzung der Stellungnahme des Betriebsrats gemäß § 125 Abs. 2 InsO	241

7. Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz (§ 126 InsO)	242
a) Einleitung	243
b) Voraussetzungen	243
aa) Anwendungsbereich	244
bb) Fehlen eines Interessenausgleiches	245
cc) Rechtzeitige und umfassende Unterrichtung	245
dd) Ablauf der Drei-Wochen-Frist	246
c) Verfahren	246
aa) Beschlussverfahren	246
bb) Antrag	246
cc) Antragsbefugnis	246
dd) Beteiligte	246
ee) Prüfungsmaßstab	247
ff) Entscheidung und Rechtsmittel	248
gg) Einstweiliger Rechtsschutz	248
hh) Kosten	248
8. Wirkung des Beschlussverfahrens (§ 126 InsO) für Klagen (§ 127 InsO)	249
a) Normzweck	249
b) Bindungswirkung	249
aa) Reichweite	249
bb) Wesentliche Änderungen	249
cc) Bindungswirkung bei negativer Entscheidung	250
dd) Aussetzung des Verfahrens, § 127 Abs. 2 InsO	250
9. Betriebsveräußerung (§ 128 InsO)	251
a) Einleitung	251
b) Voraussetzungen	252
c) Anwendungsbereich	252
d) Rechtsfolgen	253
aa) Vermutung der Betriebsbedingtheit der Kündigungen	253
bb) Doppelte Vermutungswirkung	253
cc) Beteiligtenstellung des Erwerbers im Beschlussverfahren	254
dd) Kündigungsberechtigung nach Betriebsübergang	254
III. Beendigung von Arbeitsverhältnissen	254
1. Kündigung des Arbeitsverhältnisses	254
a) Einleitung	255
b) Allgemeine Regeln	255
aa) Kündigungsberechtigung	255
bb) Adressat der Kündigungserklärung	257
cc) Kündigungsfrist	258
dd) Form der Kündigungserklärung	261
ee) Zugang der Kündigungserklärung	261
c) Kündigung durch den Insolvenzverwalter	264
aa) Allgemeiner Kündigungsschutz	264
bb) Besonderer Kündigungsschutz	282
cc) Außerordentliche Kündigung	294
dd) Anhörung des Betriebsrats	296
ee) Beendigung nicht in Vollzug gesetzter Arbeitsverhältnisse	298
d) Kündigung durch den Arbeitnehmer	299
e) Kündigung in der Insolvenz des Arbeitnehmers	301
2. Massenentlassungen	302
a) Einleitung	302
b) Tatbestand der Massenentlassung	304
aa) Betrieb	304
bb) Arbeitnehmer	307
cc) Belegschaftsgröße	308
dd) Entlassungen	309

c) Konsultationsverfahren	313
aa) Überblick	313
bb) Adressat der Unterrichtung	313
cc) Inhalt der Unterrichtung	315
dd) Form der Unterrichtung	318
ee) Zeitpunkt der Unterrichtung	319
ff) Abschrift der Unterrichtung an Agentur für Arbeit	320
gg) Beratungen mit dem Betriebsrat	321
hh) Verhältnis zu anderen Beteiligungsverfahren	321
d) Anzeigeverfahren	323
aa) Zuständigkeit	323
bb) Form der Massenentlassungsanzeige	324
cc) Inhalt der Massenentlassungsanzeige	325
dd) Zeitpunkt der Massenentlassungsanzeige	334
e) Rechtsfolgen	335
f) Rechtspolitische Kritik. Ablaufplan	338
3. Aufhebungsverträge	340
a) Arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen	340
aa) Abschlussberechtigung auf Arbeitgeberseite	341
bb) Form	341
cc) Inhalte	342
dd) Hinweis- und Aufklärungspflichten	345
ee) Insolvenzzrechtliche Behandlung von Abfindungszahlungen	346
ff) Betriebsübergang	346
gg) Lösung durch Rücktritt, Widerruf und Anfechtung	347
b) Sozialversicherungsrechtliche Aspekte	349
c) Steuerrechtliche Rahmenbedingungen	350
4. Ausbildungsverhältnisse	351
a) Das Berufsausbildungsverhältnis in der Insolvenz	351
aa) Allgemeine Regeln vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens	351
bb) Durchführung nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens	353
cc) Kündigung in der Insolvenz	353
dd) Aufhebungsverträge	354
b) Besonderheiten im Verfahren	354
aa) Vorverfahren vor dem Schlichtungsausschuss	354
bb) Gerichtliches Verfahren	354
IV. Anfechtung von Entgeltzahlungen	355
1. Einleitung	355
2. Voraussetzungen der Anfechtung von Arbeitsentgeltzahlungen	356
a) Grundvoraussetzungen	356
aa) Rechtshandlung	356
bb) Gläubigerbenachteiligung	356
b) Systematik der Anfechtungstatbestände	357
c) Wesentliche Anfechtungstatbestände	357
aa) Kongruente und inkongruente Deckung	358
bb) Anfechtung bei kongruenter Deckung nach § 130 InsO	358
cc) Bargeschäftsprivileg nach § 142 InsO	360
dd) Anfechtung bei inkongruenter Deckung nach § 131 InsO	360
ee) Vorsatzanfechtung nach § 133 InsO	362
3. Rückgewähranspruch	364
a) Reichweite und Fälligkeit des Rückzahlungsanspruchs	364
b) Zinsen	365
4. Rechtsweg	366
§ 6 Sozialversicherung und Lohnsteuer	367
I. Sozialversicherungsrecht	368
1. Beteiligte/Rechte und Pflichten	368

Inhaltsverzeichnis

2. Sozialversicherungsrechte Rechte und Pflichten der Beteiligten	370
a) Besonderheiten im Insolvenzeröffnungsverfahren	370
aa) Insolvenzeröffnungsverfahren mit Zustimmungsvorbehalt des vorläufigen Insolvenzverwalters	371
bb) Insolvenzeröffnungsverfahren mit starkem vorläufigen Insolvenzverwalter	371
cc) Insolvenzeröffnungsverfahren mit Eigenverwaltung	372
b) Besonderheiten im Insolvenzverfahren	374
aa) Sozialversicherungsrechtliche Pflichten des Insolvenzverwalters	374
bb) Beitragsrechtliches Beschäftigungsverhältnis der Arbeitnehmer	376
cc) Sozialversicherungsbeiträge	376
dd) Anfechtung von Sozialversicherungsbeiträgen	377
3. Arbeitslosengeld	379
a) Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld, §§ 136 ff. SGB III	379
b) Höhe und Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes	380
c) Gleichwohlgewährung, § 157 Abs. 3 S. 1 SGB III	380
d) Anspruchsübergang bei gewährtem Arbeitslosengeld	382
e) Erstattungsanspruch für gezahlte Sozialversicherungsbeiträge, § 335 Abs. 3, Abs. 5 SGB III	383
f) Verjährung/Wirkung von Ausschlussfristen	383
g) Arbeitsbescheinigung	385
4. Kurzarbeit, Insolvenzgeld und Transferkurzarbeitergeld	385
II. Lohnsteuerrecht	386
1. Insolvenzverfahren	387
2. Vorläufiges Insolvenzverfahren (Insolvenzeröffnungsverfahren)	387
§ 7 Arbeitsgerichtsverfahren in der Insolvenz	391
I. Prozessrechtliche Besonderheiten in der Insolvenz	392
1. Passivlegitimation: Klagen gegen Insolvenzschuldner oder Insolvenzverwalter	393
a) Insolvenzverwalter als Beklagter	393
b) Kündigungsschutzprozesse	393
aa) Klageerhebung vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens	393
bb) Klageerhebung nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens	395
cc) Problemschwerpunkt fehlerhafter Beklagter: Klagen in zeitlicher Nähe zur Insolvenzeröffnung	395
c) Masseverbindlichkeiten	399
2. Aktivlegitimation: Klagen des insolventen Arbeitnehmers	399
3. Unterbrechung des Verfahrens nach § 240 S. 1 ZPO	400
a) Wirkung von § 240 S. 1 ZPO	400
b) Insolvenzverfahrensart und Stadium des Insolvenzverfahrens	400
aa) Insolvenzeröffnung	400
bb) Insolvenzeröffnungsverfahren	401
cc) Eigenverwaltung	402
dd) Verbraucherinsolvenzverfahren	402
c) Betroffene Prozessverfahren	402
d) Einzelne Verfahrensgegenstände im Individualrechtsverfahren	403
aa) Bestandsstreitigkeiten:	403
bb) Forderungsstreitigkeiten	404
cc) Zeugnisstreitigkeiten und Herausgabe anderweitiger Arbeitspapiere	404
dd) Herausgabeansprüche über bewegliche Sachen	404
ee) Urlaubs- und sonstige Freizeitausgleichsansprüche	404
ff) Abmahnungsstreitigkeiten und sonstige Unterlassungserklärungen	405
gg) Prozesskostenhilfeverfahren	405
hh) Zwangsvollstreckungsverfahren	405
e) Unterbrechung im Beschlussverfahren?	405
f) Rechtsfolge der Unterbrechung	406
g) Keine Aufnahme des Verfahrens	406
h) Kostengrundentscheidungen	406

i) Aufnahme des Verfahrens	407
aa) Aktivprozess des Insolvenzschuldners	408
bb) Passivprozess des Insolvenzschuldners	408
cc) Nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens	408
dd) Insolvenzforderungen	409
4. Vollstreckungsverbote	409
a) Vollstreckungsverbot nach § 90 InsO	409
b) Vollstreckungsverbot nach § 210 InsO	410
c) Vollstreckungsverbot nach § 123 Abs. 3 S. 2 InsO	410
5. Besonderer Gerichtsstand des Insolvenzverwalters, § 19a ZPO	410
a) Insolvenzverwalter iSd § 19a ZPO	410
b) Betroffene Klagverfahren	411
6. Streitwerte, Kostenerstattung und Rechtsanwaltsvergütung	411
a) Gerichtliche Streitwertregelung bei Insolvenzbezug	411
b) Erstattung der Reisekosten	412
c) Rechtsanwaltsvergütung bei Beratung des Insolvenzgläubigers	413
d) Rechtsanwaltsvergütung bei Beratung des Insolvenzschuldners	413
7. Prozesskostenhilfe für den Insolvenzverwalter	414
a) Allgemeines	414
b) Voraussetzungen	414
aa) Kostenarmut der Vermögensmasse	415
bb) Unzumutbarkeit der Vorschusserteilung für die wirtschaftlich Beteiligten	416
c) Prozesskostenhilfe für den vorläufigen Insolvenzverwalter	418
aa) „Starker“ vorläufiger Insolvenzverwalter	418
bb) „Schwacher“ vorläufiger Insolvenzverwalter	419
d) Prozesskostenhilfe für den eigenverwaltenden Insolvenzschuldner	419
e) Keine Unterbrechung des Verfahrens nach § 240 ZPO	420
8. Prozesskostenhilfe für den Betriebsrat	420
a) Aufbringen der Kosten	420
b) Zuwiderlaufen allgemeiner Interessen	421
II. Typische Prozesskonstellationen in der Insolvenz	421
1. Forderungsfeststellungsklage	421
a) Anmeldeverfahren nach §§ 174 ff. InsO	421
aa) Vorteile der Anmeldung	422
bb) Anmeldeberechtigung	422
cc) Verfahren, Form und Frist	423
dd) Nachrangige Gläubiger	424
ee) Rechtswirkungen der Anmeldung	424
b) Die Forderungsfeststellungsklage	425
aa) Klagende Partei	425
bb) Zuständiges Gericht	426
cc) Zulässigkeitsvoraussetzungen	426
dd) Antrag	427
ee) Prozessuales	427
ff) Vollstreckung	428
2. Kündigungsschutzklage und Betriebsübergang	428
3. Leistungsklagen auf Erfüllung von Masseverbindlichkeiten	429
a) Durch Insolvenzverwalter begründete Masseverbindlichkeiten	429
b) Anderweitige Masseverbindlichkeiten	430
c) Nach Abschluss des Verfahrens	430
4. Klagen nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit	430
a) Neumasseverbindlichkeiten	431
b) Altmasseverbindlichkeiten	431
c) Neumasseunzulänglichkeit	431
5. Beschlussverfahren in der Insolvenz	431
a) Durchführung einer Betriebsänderung, § 122 InsO	432
aa) Anwendungsbereich	432

Inhaltsverzeichnis

bb) Antragstellung	432
cc) Prüfungsumfang des Arbeitsgerichts	434
dd) Rechtsmittel	435
ee) Einstweiliges Verfügungsverfahren	436
ff) Folgen des Beschlussverfahrens nach § 122 InsO	436
b) Verfahren zum Kündigungsschutz, § 126 InsO	437
aa) Anwendungsbereich	437
bb) Antragsstellung	437
cc) Verfahrensregelungen des Beschlussverfahrens	438
dd) Folgen des Beschlussverfahrens nach § 126 InsO	439
ee) Kosten	441
6. Klagen auf Zeugniserteilung	442
§ 8 Handlungsschwerpunkte	443
I. Betriebsstilllegung	445
1. Entscheidung zur Betriebsstilllegung	446
2. Beteiligung eines bestehenden Betriebsrats	449
a) Unterrichts-, Beratungs- und Verhandlungspflichten bei Betriebsänderungen, § 111 BetrVG	449
b) Konsultationsverfahren bei Massenentlassungen, § 17 Abs. 2 KSchG	452
c) Anhörung vor beabsichtigter Kündigung, § 102 BetrVG	452
3. Betriebsbedingte Kündigungen und Aufhebungsverträge	452
II. Betriebsübergang in der Insolvenz	457
1. Bedeutung des § 613a BGB in der Insolvenz	458
2. Anwendbarkeit des § 613a BGB in der Insolvenz	458
3. Der Tatbestand des § 613a BGB	459
a) Betrieb oder Betriebsteil	459
b) Übergang unter Wahrung der Identität	463
aa) Unterschiedliche Relevanz der Faktoren abhängig von der Art des Betriebes	464
bb) Konkrete Auswirkungen für bestimmte Arten von Unternehmen oder Betrieben	465
c) Wechsel des Betriebsinhabers	468
aa) Betriebsinhaber	468
bb) Betriebsinhaberwechsel	468
cc) Zeitpunkt des Übergangs	470
d) Durch Rechtsgeschäft	471
e) Betriebsübergang nach Stilllegung	472
aa) Voraussetzungen einer Betriebsstilllegung	472
bb) Kündigung wegen Stilllegung	473
cc) Kein Wiedereinstellungsanspruch in der Insolvenz	474
4. Rechtsfolgen des § 613a BGB	475
a) Übergang der Arbeitsverhältnisse	475
aa) Vom Übergang erfasste Arbeitsverhältnisse	475
bb) Zuordnung der Arbeitsverhältnisse zum übergehenden Betrieb(steil)	476
b) Individualrechtliche Folgen	479
c) Kollektivrechtliche Folgen	480
aa) Betriebsvereinbarungen	482
bb) Tarifverträge	483
cc) „Über-Kreuz-Ablösung“	485
dd) Auswirkungen von Bezugnahme Klauseln beim Betriebsübergang	485
d) Kündigungen im Zusammenhang mit § 613a BGB	487
e) Eingeschränkte Haftung in der Insolvenz	488
aa) Anwendbarkeit des § 613a BGB im Insolvenzverfahren	488
bb) Betriebliche Altersversorgung	491
5. Unterrichtung und Widerspruchsrecht	492
a) Unterrichtung	492
b) Widerspruch	495

6. Mögliche Strategien zur Vermeidung eines Betriebsübergangs	497
a) Restrukturierung oder Zerschlagung von Betrieben oder Betriebsteilen vor dem Betriebsübergang	497
b) Eingliederung von Betrieben oder Betriebsteilen in bestehenden Erwerberbetrieb	497
c) Konzeptänderung	498
d) Übernahme (und ggf. zuvor Schaffung) von Betriebsteilen	499
III. Übertragende Sanierung und Personalabbau	499
1. Besonderheiten der Ausgangslage in der Insolvenz	499
2. (An-)Sanierung durch den Insolvenzverwalter	501
3. Veräußererkündigung auf Erwerberkonzept	502
a) Darstellung des Modells/Anforderungen	502
b) Mitbestimmung des Betriebsrats	506
4. Übernahme von Betriebsteilen	508
a) Darstellung des Modells/Anforderungen	508
b) Sozialauswahl bei Personalabbau im Zusammenhang mit der Übernahme eines Betriebsteils	508
5. Abschluss von Aufhebungs- und Änderungsverträgen	511
a) Aufhebung des Arbeitsverhältnisses	512
b) Änderung von Arbeitsbedingungen	512
aa) Änderungskündigung	512
bb) Änderungsvertrag	513
6. Personalabbau unter Zwischenschaltung einer Transfergesellschaft	515
a) Einführung	515
b) Vorteile der Einschaltung einer Transfergesellschaft	516
c) Vorliegen eines Betriebsübergangs bei Einsatz einer Transfergesellschaft?	517
d) Anforderungen an eine wirksame Gestaltung	518
aa) „Lemgoer Modell“: Verbindliches Angebot für Anschlussbeschäftigung ..	518
bb) Dörries-Scharmann-Entscheidung: Endgültiges Ausscheiden und kein verbindliches Angebot auf Anschlussbeschäftigung	519
cc) Risikogeschaft	520
dd) Keine Anfechtbarkeit des Aufhebungsvertrags nach §§ 119, 123 BGB/ Unterrichtung der Arbeitnehmer	521
ee) Kein Wegfall der Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB)	521
ff) Kein Fortsetzungs- bzw. Wiedereinstellungsanspruch gegenüber dem Erwerber	522
gg) Anforderungen an die Auswahl der Arbeitnehmer aus der Transfergesellschaft	522
e) Einschränkung des BQG-Modells durch jüngere BAG-Rechtsprechung	523
aa) BAG-Entscheidung vom 18.8.2011 – „Lotterie“	523
bb) BAG-Entscheidung vom 25.10.2012	523
cc) Kritische Analyse der jüngsten BAG-Rechtsprechung	525
dd) Gestaltungshinweise für die Praxis	527
f) Mitbestimmung des Betriebsrats	529
g) „Widerspruchslösung“ und sonstige Alternativen	529
7. Kauf nach Stilllegung	530
8. Übernahme von Vermögensgegenständen und Personal unter Vermeidung eines Betriebsübergangs	531
9. Maßnahmen zur Personalkostenreduzierung	532
a) Kollektivrechtliche Maßnahmen	532
aa) Tarifliche Gestaltungsmöglichkeiten	532
bb) Beendigung, Ablösung und Änderung von Betriebsvereinbarungen	533
cc) Bündnisse für Beschäftigung	533
b) Individualrechtliche Maßnahmen	534
c) Betriebliche Altersversorgung	534

Inhaltsverzeichnis

IV. Transferleistungen	535
1. Transfermaßnahmen gemäß § 110 SGB III	536
a) Teilnahmevoraussetzungen	536
aa) Betriebsänderung	536
bb) Durch Betriebsänderung von Arbeitslosigkeit bedroht (Kausalzusammenhang)	537
b) Beteiligung der Arbeitsagentur	539
c) Förderungsfähige Maßnahmen	540
aa) Geeignete Transfermaßnahmen	540
bb) Durchführung von einem Dritten	540
d) Angemessene finanzielle Beteiligung des Arbeitgebers	541
e) Keine zeitgleiche Förderung durch Transfermaßnahmen gemäß § 110 SGB III und Transferkurzarbeitergeld	541
f) Erzwingbarkeit von Transfermaßnahmen in Sozialplänen	542
2. Transferkurzarbeitergeld	544
a) Ziele einer Transfergesellschaft	544
b) Mögliche Vorteile einer Transfergesellschaft	545
c) Voraussetzungen für den Bezug von Transferkurzarbeitergeld	546
aa) Bezugsdauer und Sperrzeiten	546
bb) Regelvoraussetzungen	546
cc) Beratungspflicht im Vorfeld der Vereinbarung des Interessenausgleichs (§ 111 Abs. 1 Nr. 4 SGB III)	553
dd) Beihilfeverbot, Art. 107 AEUV	553
3. Sonderfragen im Zusammenhang mit Transfergesellschaften	554
a) Übergang der Arbeitsverhältnisse durch dreiseitige Verträge	554
aa) Typische Inhalte des dreiseitigen Vertrages	554
bb) Anwendbarkeit des § 613a BGB	555
b) Mitbestimmung des Betriebsrats	555
aa) Mitbestimmung im Planungsstadium, § 111 BetrVG	555
bb) Mitbestimmung bei Qualifizierungsmaßnahmen in der Transfergesellschaft gemäß § 96 BetrVG	556
c) Förderung gemäß § 111a SGB III	557
aa) Förderung gemäß § 111a Abs. 1 SGB III	557
bb) Förderung gemäß § 111a Abs. 2 SGB III	558
cc) Besonderheiten in der Insolvenz	558
d) Finanzielle Ausstattung der Transfergesellschaft	559
aa) Finanzierung über eine Sicherungstreuhand	559
bb) Die Eigenleistungspositionen des Insolvenzschuldners	560
e) Einzelfragen der Finanzierung	561
aa) Finanzierung als Neumasseverbindlichkeiten gemäß § 209 InsO	561
bb) Zustimmung des Gläubigerausschusses gemäß § 160 Abs. 1 InsO	562
V. Sanierungstarifverträge	562
1. Allgemeines	563
a) Begriff	563
b) Ziele	563
c) Parteien und Geltung	563
d) Anspruch auf Abschluss eines Sanierungstarifvertrages?	564
2. Inhalte	565
a) Regelungen zur Arbeitszeit	565
aa) Arbeitszeiterhöhung	565
bb) Arbeitszeitverkürzung	565
cc) Arbeitszeitflexibilisierung	566
dd) Lage der Arbeitszeit	566
b) Entgelt	567
c) Abbau bestehenden Bestandsschutzes	567
d) Beschäftigungssicherung	567
aa) Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen	568

bb) Personalbestands- und Personalaufbauregelungen	569
cc) Sonderproblem: Business Judgment Rule und Beschäftigungssicherung ...	569
e) Wirtschaftliche Leistungen an Arbeitnehmer	570
aa) Sonderzahlungen (nur) an Gewerkschaftsmitglieder	570
bb) „Besserungsregelungen“	570
cc) Sonstige Zugeständnisse	571
f) Anpassung der Beteiligungsrechte des Betriebsrates?	571
3. Sonderprobleme	571
a) Tarifkollision	571
b) Bezugnahme und Ablösung vertraglicher Regelungen durch Sanierungstarifverträge?	573
c) Rückwirkende Änderungen	574
d) Sanierungstarifvertrag und Betriebsübergang	574
e) Kompensationsgeschäfte	577
f) Dreiseitige Vereinbarungen zur „Standortsicherung“	577
g) Unwirksamkeitsfolgen	578
h) Kündigung des Sanierungstarifvertrages	578
VI. Betriebliche Altersversorgung	579
1. Einleitung	580
2. Bestandsaufnahme	580
a) Versorgungszusage nach dem BetrAVG	581
aa) Zweck der Versorgungsleistung	582
bb) Leistungsinhalt: Rentenleistung vs. Kapitaleistung	583
b) Die einzelnen Durchführungswege	584
aa) Durchführungswege und Verschaffungsanspruch des Arbeitnehmers	584
bb) Direktzusage	585
cc) Direktversicherung	585
dd) Pensionskasse	586
ee) Unterstützungskasse	586
ff) Pensionsfonds	586
c) Die begünstigten Personen	586
aa) Arbeitnehmer (§ 17 Abs. 1 S. 1 BetrAVG)	587
bb) Nicht-Arbeitnehmer (§ 17 Abs. 1 S. 2 BetrAVG)	588
cc) Statuswechsel während der Durchführung der Versorgungszusage	589
d) Inhaltliche Ausgestaltung der Versorgungszusage	590
aa) Leistungszusage	590
bb) Beitragsorientierte Leistungszusage	591
cc) Beitragszusage mit Mindestleistung	592
dd) Reine Beitragszusage	593
e) Die Finanzierung der Versorgungsanwartschaften	593
f) Gesetzlicher Insolvenzschutz: Die konkreten Insolvenzschutzniveaus	594
aa) Gesetzliche Unverfallbarkeit	594
bb) Gesetzliche Unverfallbarkeit und Altersobergrenze bzw. Wartezeit nach der Versorgungszusage	595
cc) Vertragliche Unverfallbarkeit und gesetzlicher Insolvenzschutz	596
dd) Gesetzlicher Insolvenzschutz und Zahlung von Mitgliedsbeiträgen an den PSV	597
g) Privatrechtlicher Insolvenzschutz	597
aa) Contractual Trust Arrangement (CTA)	598
bb) Rückdeckungsversicherung	600
cc) Sonstiger privatrechtlicher Insolvenzschutz: Schuldbeitritt, Patronatserklärungen, Bürgschaften	602
h) Historie der Versorgungszusage	602
aa) Wirksame Schließung für Neueintritte	602
bb) Wirksames (vorzeitiges) Erlöschen der Versorgungsverpflichtungen	603
cc) Wirksame Modifizierung: Ablösung von früheren Versorgungszusagen ...	604

3. Die Abwicklung der Betriebsrentenzusage im Insolvenzverfahren	606
a) Direktzusage	606
aa) Eintritt des PSV in die Versorgungsverpflichtungen des Insolvenzschuldners	606
bb) PSV und privatrechtliche Insolvenzsicherungen	608
b) Unterstützungskasse	609
aa) Eintritt des PSV in die Versorgungsverpflichtungen des Insolvenzschuldners	609
bb) PSV und Übernahme der Vermögenswerte aus der Unterstützungskasse	609
c) Pensionsfonds	609
aa) Eintritt des PSV in die Versorgungsverpflichtungen des Insolvenzschuldners	609
bb) Abwicklung des Deckungsverhältnisses zwischen Insolvenzschnldner und Pensionsfonds bei Eintritt des PSV	610
d) Direktversicherung	610
aa) Insolvenzfestigkeit der Versorgungsansprüche: Bezugsrecht	610
bb) Gesetzlicher Insolvenzschutz	611
e) Pensionskasse	611
aa) Insolvenzfestigkeit der Versorgungsansprüche	611
bb) Gesetzlicher Insolvenzschutz	611
f) Melde- und Auskunftspflichten (§ 11 BetrAVG)	612
g) Anpassung von Rentenleistungen im Insolvenzverfahren (§ 16 BetrAVG)	613
4. Die Modifizierung der Betriebsrentenzusage im Insolvenzverfahren	613
a) Stilllegung des Betriebs: Abfindung	613
b) Modifizierung bei Sanierung des Betriebs	613
VII. Arbeitsrecht in der Eigenverwaltung	614
1. Einleitung	614
2. Vorläufiges Eigenverwaltungsverfahren	617
a) Allgemeines	617
b) Kompetenzen und Haftung von Insolvenzschnldner und vorläufigem Sachwalter	618
aa) Kompetenzverteilung	618
bb) Haftung	619
c) Arbeitsrechtliche Besonderheiten	620
aa) Insolvenzgeldvorfinanzierung	621
bb) Begründung von Masseverbindlichkeiten	622
cc) Haftung für Steuerverbindlichkeiten und Sozialversicherungsbeiträge	624
3. Eröffnetes Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung	627
a) Allgemeines	627
b) Kompetenzen und Haftung von Insolvenzschnldner und Sachwalter	628
aa) Kompetenzverteilung	628
bb) Haftung	630
c) Arbeitsrechtliche Besonderheiten im eröffneten Verfahren	631
aa) Handlungen mit Zustimmungsvorbehalt des Sachwalters	632
bb) Im Einvernehmen mit dem Sachwalter vorzunehmende Handlungen	636
cc) Handlungen ohne normierte Beschränkungen	638
4. Prozessuale Besonderheiten im Rahmen der Eigenverwaltung	642
a) Prozessuale Auswirkungen von Antragstellung, Verfahrenseröffnung und Wechsel zwischen Eigen- und Fremdverwaltung	643
aa) Anordnung der einfachen vorläufigen Eigenverwaltung bzw. des Schutzschirmverfahrens	643
bb) Eröffnung des Insolvenzverfahrens bei angeordneter Eigenverwaltung	643
cc) Wechsel von Eigenverwaltung zu Fremdverwaltung im eröffneten Verfahren	644
dd) Wechsel von Fremdverwaltung zu Eigenverwaltung im eröffneten Verfahren	646

b) Besonderheiten bei Kündigungsschutz- und Forderungsfeststellungsklage	646
aa) Kündigungsschutzklage	647
bb) Forderungsfeststellungsklage nach § 179 InsO	649
c) Prozesskostenhilfe	650
aa) Anspruchsberechtigung des eigenverwaltenden Insolvenzschuldners	650
bb) Anspruchsberechtigung des Sachwalters	651
§ 9 Muster	653
I. Insolvenzeröffnungsverfahren	653
1. Häufig gestellte Fragen und Antworten („FAQ“)	653
2. Freistellung eines Arbeitnehmers ab Insolvenzeröffnung durch Insolvenzschuldner	659
3. Rahmenvereinbarung über die Vorfinanzierung von Insolvenzgeld mit Beispiel einer Ankaufsvereinbarung	660
II. Insolvenzverfahren	667
1. Sanierungstarifvertrag des Insolvenzverwalters	667
2. Umsetzung von Personalmaßnahmen	669
a) Abfrage von Sozialdaten	669
b) Kündigungsschreiben mit Freistellung	671
c) Einfacher Aufhebungsvertrag	673
III. Übertragende Sanierung	674
1. Erwerberkonzept	674
2. Klausel für Kaufvertrag mit Haftung und Einbindung Erwerberkonzept	676
3. Unterrichtungsschreiben nach § 613a Abs. 5 BGB	678
4. Sanierungstarifvertrag für Erwerber	684
IV. Mitwirkung des Betriebsrats	685
1. Unterrichtung des Betriebsrats über eine beabsichtigte Betriebsstillegung	685
2. Interessenausgleich bei Betriebsstillegung	687
3. Interessenausgleich mit Namensliste nach § 125 InsO bei übertragender Sanierung mit Erwerberkonzept und Transfergesellschaft	690
4. Sozialplan nach § 123 InsO bei Betriebsstillegung	695
V. Transfermaßnahmen	699
1. Sozialplan über Transfer-Maßnahmen	699
2. Dreiseitiger Vertrag zum Wechsel in eine Transfergesellschaft	702
3. Dienstleistungsvertrag mit Transfergesellschaft	705
Sachverzeichnis	709